Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 66. Abendblatt. Freitag, den 8. Februar. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 7. Februar. Wie man hört, wird das Staats-Ministerium heute Abend zur Berathung der Thronrede eine Sitzung halten. Nachdem nun auch die über den Gesetzentwurf wegen der Eisenbahn-Anleihe schwebende dunkele Wolke glücklich wieder vorüber gezogen ist, ohne sich zu entladen, darf man mit Recht annehmen, daß die Thronrede dem Gefühl der Befriedigung über den Verlauf und die Resultate der Landtagssession in einer Weise Ausdruck geben wird, wie es vielleicht noch nie der Fall gewesen ist. In den Zeiten der s. g. Landrathskammern hat es allerdings auch nicht an dem übereinstimmenden Streben zwischen Regierung und Volksvertretung nach gemeinsamen Zielen gefehlt, aber Niemand wird darin eine solche Genugthuung gefunden haben, wie sie ein Rückblick auf die Ergebnisse der letzten Session gewährt. Fragt man nach den Gründen dieser Verschiedenheit, so wird die Antwort ziemlich übereinstimmend dahin lauten, daß man von einer Landrathskammer mehr Nachgiebigkeit gegen die Regierung zu erwarten berechtigt ist, daß diese aber auch dem Prinzip des konstitutionellen Verfassungssystems weniger entspricht, als eine ohne Staatsbeamte zusammengesetzte Kammer. So wird und muß jeder Demokrat auf obige Frage antworten, damit ist aber auch ein starkes Argument für die Ausschließung der Beamten gegeben und der Widerspruch nachgewiesen, in welchen die Demokratie sich mit den konstitutionellen Prinzipien verwickelt, wenn sie die Ausschließung der Beamten vom Reichstag bekämpft. Die in dieser Session, wenn auch unter Kämpfen erzielte Uebereinstimmung zwischen Regierung und Volksvertretung hat eine höhere Bedeutung und ist erfreulicher, als in früheren analogen Fällen, weil sie ein doppelter Sieg ist; auf der einen Seite ein Sieg der Regierung durch das Gewicht der Erfolge und Thatsachen; auf der anderen Seite, auf Seiten der Volksvertretung, ein Sieg der nationalen und Landesinteressen, sowie der Vaterlandsliebe über das selbstsüchtige Parteiinteresse, über die Macht doktrinärer Vorurtheile und prinzipiellen Eigensinns. Ueber die außerordentlich angestrengte Thätigkeit der Abgeordneten während dieser Session und über die lobenswerthe Beschränkung der Redesucht wird ebenso nur eine Stimme der Anerkennung im Lande sein, wie über die geschickte und würdige Führung der Präsidialgeschäfte durch Herrn v. Forckenbeck. Auch die konservative Partei wird zugestehen müssen, daß ein Mitglied dieser Seite schwerlich einen so günstigen Einfluß auf den Gang der Verhandlungen hätte ausüben können, wie der liberale Präsident.

Berlin, 7. Febuar. Wie man den „Hamb. Nachr." aus Frankfurt a. M. telegraphirt, hat der König durch den Ministerpräsidenten nach Frankfurt die telegraphische Mittheilung gelangen lassen, daß er die angekündigte Frankfurter Deputation erst nach dem 12. Februar empfangen werde.

— An die Unterzeichner der an das Staatsministerium gerichteten Vorstellung mehrerer Einwohner aus Frankfurt a. M. wegen Rückzahlung der eingezahlten Kriegs-Kontributions-Gelder ist unterm 4. d. M. von dem Herrn Finanzminister folgender Bescheid ergangen: Den Herren Unterzeichnern der an das Königl. Staatsministerium gerichteten Vorstellung vom 20. v. M., welche zur weiteren Veranlassung an mich abgegeben worden ist, erwiedere ich, daß die von der Stadt Frankfurt a. M. baar eingezahlte Kriegskontribution von $5{,}747{,}008\frac{3}{4}$ Fl. ihre definitive Verwendung nach Maßgabe des Gesetz s vom 28. September v. J. (G.-S. S. 607) bereits gefunden hat und eine Zurückzahlung derselben eben so wenig, wie die außerdem beantragte Schadloshaltung, in Aussicht gestellt werden kann. Nach der von dem Herrn Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Grafen v. Bismarck bei dessen Anwesenheit in Brünn dem Senator Dr. Müller gemachten Eröffnung würde es lediglich von der Entschließung der Stadt Frankfurt abgehangen haben, durch ihren freiwilligen Anschluß an Preußen nicht nur jede Kriegsauflage von sich abzuwenden, sondern sich auch im Wege des Vertrages eine Ausnahmestellung unter den Städten der Monarchie mit wichtigen Privilegien zu sichern. Nachdem die Stadt Frankfurt hierauf nicht eingegangen ist, hat dieselbe die eingetretenen Verluste als unvermeidliche Kriegsfolgen lediglich ihrer frei gewählten Haltung zuzuschreiben. Dem Antrage: „die baar gezahlte Kontribution der Stadt oder für deren Rechnung der Frankfurter Bank zurückzuerstatten und die Stadt für die sonstigen Naturallieferungen und Leistungen in dem Maße zu entschädigen, daß Frankfurt keine höheren Kriegsleistungen angerechnet werden, als im Verhältniß die anderen preußischen Städte zu tragen hatten", kann unter diesen Umständen, ganz abgesehen davon, daß die Herren Unterzeichner der Vorstellung vom 20. vorigen Monats Anliegen der Stadt Frankfurt zu vertreten nicht legitimirt sind, keine entsprechende Folge gegeben werden.

— Die Zollverhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich sind, wie wir heute hören, allerdings vertagt, aber doch soweit gefördert worden, daß der Abschluß des Vertrages erfolgen kann, sobald die noch rückständige Vereinbarung über die Wein-Zölle erlangt sein wird. Darüber können aber die Verhandlungen auch schriftlich geführt werden, so daß durch die Abreise der preußischen Bevollmächtigten durchaus kein Abbruch, nicht einmal eine längere Vertagung, bedingt ist. Ihre Anwesenheit in Berlin war durch ihre hiesige amtliche Thätigkeit erfordert und die österreichischen Bevollmächtigten sind durch die Verhandlungen mit Italien über den Abschluß eines Handels-Vertrages nach Florenz gerufen, so daß die preußischen Bevollmächtigten sich nicht länger in Wien aufzuhalten brauchten.

Berlin, 7. Februar. (Herrenhaus.) 27. Sitzung. (Schluß.) Graf Brühl spricht sich gegen die Resolution der Kommission und gegen die Erweiterung des Agenturbetriebes aus. — Herr v. Senden: Ich halte das Hausiren überhaupt für schädlich und wünsche dasselbe beschränkt. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß trotz des Gesetzes die Versicherungsagenten schon jetzt hausiren und daß das Einschreiten der Behörden zum Schutze des Publikums nöthig wäre. — Handelsminister Graf Itzenplitz: Ich habe in der Sache von allen Regierungen Berichte erfordert, aber alle Berichte haben sich gegen das Hausiren ausgesprochen. Wir haben schon in jedem Orte, in jedem Dorfe Agenten, da ist das Hausiren schon an und für sich unnöthig. Was die Resolution der Kommission anbetrifft, so kann ich, wenn der Zweck derselben sein soll, uns zu veranlassen, die Sache nochmals zu erwägen, nur bemerken, daß wir jetzt mit der Revision der Gewerbegesetzgebung schon wegen der neuen Provinzen beschäftigt sind, und daß auch ohne die Annahme der Resolution Ihrer Kommission eine Revision der Versicherungs-Gesetzgebung und des Hausirrealemeuts erfolgen wird. Für das Feuerversicherungswesen halte ich das Hausiren nicht geboten, man könnte höchstens auf das Hagelversicherungswesen rücksichtigen. — Herr Hasselbach als Referent empfiehlt die Annahme des Kommissionsantrages, da im Interesse des Publikums namentlich auf dem Gebiet der Hagelversicherung eine Erweiterung des Geschäftsbetriebes geboten erscheint. Ich glaube, wenn wir den Antrag der Kommission annehmen, werden wir die Regierung veranlassen, diesem Theile der Gesetzgebung ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. — Hierauf wird das Gesetz abgelehnt und ebenso auch die von der Kommission beantragte Resolution verworfen und darauf die Sitzung um $1\frac{3}{4}$ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung unbestimmt.

— Abgeordnetenhaus. (67. Sitzung.) (Schluß.) Auf den Vorschlag des Präsidenten werden (abweichend von der Reihenfolge der Tagesordnung) zunächst Wahlprüfungen vorgenommen und für gültig erklärt die Wahlen der Abgg. Koppe, Curtius, Mallmann, Sello. — Im Namen der zweiten Abtheilung berichtet Abg. v. Waligorski über zwei Proteste, die nachträglich aus dem VI. Gumbinner Wahlbezirk eingegangen sind d. d. 28. und 29. Januar d. J. Danach soll, wie versichert wird, der Landrath v. Brandt mehreren Wählern, im Falle sie schlecht wählten, mit Konzessions-Entziehung gedroht und ein Forstmeister seine Oberförster und diese wieder ihre Förster gezwungen haben, nach der Wahl dienstlich anzuzeigen, wem sie ihre Stimme gegeben. Ein 70jähriger hinfälliger Mann und ein kranker Förster, die dies verabsäumt, sollen einen strengen Verweis erhalten haben. Die Abtheilung beantragt, die Regierung aufzufordern, die in dem Protest d. d. 28. Januar c. behaupteten Thatsachen durch gerichtliche Vernehmung der Zeugen aufklären zu lassen und den betreffenden Forstmeister zu Gumbinnen zu einer Erklärung über den zweiten Protest zu veranlassen, resp. die Zeugen eidlich vernehmen zu lassen. Diese Anträge werden ohne Diskussion angenommen. (Dafür auch die Abgg. v. Gerlach, Hesse, Scharnweber.) — Es folgt der zweite Bericht der Gemeinde-Kommission über Petitionen. und zwar zunächst der Bericht des Herrn v. Schöning über mehrere, die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht und deren Vergütung betreffende Petitionen. Das Haus tritt dem Antrage der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung mit Rücksicht auf die von dem Kommissar der Regierung abgegebenen Erklärungen bei. Ebenso werden die anderen Petitionen nach den Anträgen der Kommission erledigt. — Es folgt der erste Bericht der Kommission für das Unterrichtswesen über Petionen. Es liegt zunächst vor eine Petition der Lehrer der Provinz Preußen (Lemke und Genossen in Kulm) mit 293 Unterschriften, in der verlangt wird: a) der Erlaß eines Dotationsgesetzes; b) eines Pensionsgesetzes für die Lehrer; c) eines Gesetzes, welches die Höhe der Pensionen für Lehrer-Wittwen und Waisen feststellt. — Als Motive sind angeführt, das von der Regierung verheißene Unterrichtsgesetz. — Die Kommission stellt den Antrag: „das Haus der Abgeordneten wolle diese Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung bei dem Entwurfe des zu erwartenden Dotationsgesetzes überweisen". — Außer der vorstehenden hat die Kommission noch folgende, denselben Gegenstand betreffende Petitionen berathen: I. der Lehrer Mann in Heiligenbeil bezieht sich auf den Beschluß des Hauses vom 6. April 1865, und beantragt: 1) das Haus möge die Vorlage des Dotations-Gesetzes womöglich noch in dieser Session fordern, 2) eventuell unwiderruflich die Einbringung pro 1867 verlangen. II. Der Lehrer Wille in Alt-Ruppin mahnt in einer Petition vom 20. November 1866 an das Versprechen des Kultus-Ministers vom 6. Mai 1865: dem Hause 1866 das längst verheißene Dotationsgesetz für die Elementar-Lehrer vorzulegen, und ersucht das Haus, darauf zu dringen, daß endlich Jedem das Seine werde! „Wollte Gott, daß ich nicht vergeblich gebeten habe!" schließt Petent. III. Der Lehrer Deetzer zu Stuba bei Elbing beruft sich in seiner Petition vom 5. Dezember 1866 auf die frühere Erklärung des Hauses: „Daß kein Stand der menschlichen Gesellschaft dringendere und gerechtere Ansprüche auf Verbesserung seiner Lage habe, als der preußische Volksschullehrer." Das Haus der Abgeordneten sei so berechtigt wie verpflichtet, dem Lehrerstande zu dem seit 17 Jahren vorenthaltenen Rechte zu verhelfen, und müsse namentlich in dieser Session dahin wirken. Petent beantragt daher: „daß das Haus eine dahin zielende Adresse an des Königs Majestät richte."

IV. Endlich bittet der Lehrer Musoldt zu Neustettin, da das verheißene Dotationsgesetz noch weitern Aufschub gefunden, um Erlaß eines Reglements für Besoldung und Emeritirung der Elementarlehrer und Versorgung von deren Wittwen und Waisen, legt auch den Entwurf eines solchen Reglements vor. Die Kommission hat beschlossen, dem Hause zu empfehlen, alle diese sub I., II., III, IV. augeführten Petitionen als Anlagen zu der Petition der Lehrer der Provinz Preußen der Königl. Staats-Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Dazu kommt eine Petition der Lehrer der Stadtschule zu Königsberg N.-M., welche beantragen, das Haus wolle sich bei der Regierung dahin verwenden, daß 1) ein Dotationsgesetz, durch welches die Lehrergehälter nach dem Dienstalter bemessen, 2) ein Pensionsgesetz für die Lehrer und 3) ein Gesetz, welches die Höhe der Pensionen für die Lehrerwittwen und Waisen festsetzt, baldigst erlassen werde, sowie, daß die in der Verfassungsurkunde den Volksschullehrern verheißenen Rechte unmittelbarer Staatsdiener nunmehr auch verliehen werden möchten. Die Unterrichts-Kommission beantragt, das Abgeordnetenhaus wolle beschließen zu erklären, 1) zur Zeit müsse Abstand genommen werden von Debattirung der Frage, ob dem Dotationsgesetze das Prinzip zur Grundlage dienen solle, daß das Lehrergehalt mit dem Dienstalter steige; 2) daß der Antrag der Petenten, nach welchem den Volksschullehrern die Rechte unmittelbarer Staatsdiener verliehen werden möchten, weil eine solche Verheißung in der Verfassungsurkunde enthalten, aus dem Grunde unzulässig sei, weil Alinea 2 des Art. 23 der Verfassungsurkunde folgendermaßen lautet: „die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener", und weil hiernach die Rechte „unmittelbarer" Staatsdiener ihnen nicht zu verleihen seien; endlich 3) daß die Petition der Lehrer der Stadtschule zu Königsberg N.-M unter den Beschränkungen sub 1 und 2 dem Königlichen Staats-Ministerio mit dem Ersuchen zu überweisen sei, baldmöglichst den Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung der äußeren Verhältnisse der Volksschule, zur Beschlußnahme der Landesvertretung zugehen zu lassen. — Nach dem Antrage des Hrn. Richter (Berlin) wird über die vorbezeichneten Petitionen zugleich die Diskussion eröffnet. Zunächst erhält darauf das Wort Berichterstatter Wantrup. Er empfiehlt bei allen die Annahme der Kommissions-Anträge. — Hr. Richter (Berlin) beantragt, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen und sie zu ersuchen, baldmöglichst ein Gesetz über die Dotation der Lehrer, ihre Pensionirung u. s. w. vorzulegen. Redner weist dies durch Gegenüberstellung der verschiedenen Anträge nach, die dieselbe Forderung in der einen Petition der Regierung zur Berücksichtigung empfehlen, in der anderen zur Tagesordnurg über dieselbe übergehen wollen; die ferner in der Befürwortung des Antrages der einen Petition, die Staats-Regierung möge noch in dieser Session den Entwurf eines Dotationsgesetzes vorlegen, etwas Unmögliches verlangen; auch sei die Aufforderung an die Regierung auf eventuellen Erlaß eines Reglements gefährlich. Aus diesen Gründen habe er sich erlaubt, einfach die Wiederholung eines schon früher vom Hause gefaßten Beschlusses zu beantragen. Er führt noch eine Verfügung der Königl. Regierung zu Potsdam an, durch welche den Gemeinden untersagt wurde, den Lehrern die vorhandenen Schulgelder unverkürzt zukommen zu lassen; er wolle auf die Rechtsfrage hier nicht näher eingehen und fordere daher nur den Vertreter des Kultusministeriums auf, durch eine einfache Verfügung die Königliche Regierung zu Potsdam zu veranlassen, jene Bestimmung zurückzunehmen.

Regierungs-Kommissar Geh. Ober-Regierungsrath Stiehl: Ich muß mich in Bezug auf diesen speziellen Fall, den der Vorredner mir ganz unerwartet angeführt hat, außer Stande erklären, denselben ausdrücklich beantworten zu können. Ich muß ihm daher in dieser Beziehung anheimstellen, den ordnungsmäßigen Weg einzuschlagen. — Redner bemerkt schließlich noch einige Worte über den von dem Vorredner gleichfalls angeregten Punkt der Pensionskassen der Lehrerwittwen.

Abg. Harkort erklärt, wie in der Provinz Preußen amtlich konstatirt sei, daß eine Abneigung, sich dem Schulfache zu widmen, einzureißen anfange. Dasselbe könne man auch von Schlesien und Pommern sagen. Das sei eine Folge des niedrigen Gehaltes der Lehrer, der Ueberbürdung ihrer Amtsgeschäfte, der Ueberfüllung der Schulklassen, des dadurch herbeigeführten ungesunden Aufenthaltes. Zu seinem tiefen Bedauern müsse er aussprechen, daß die Leistungen unserer Volksschulen abzunehmen anfangen, daß unser ganzes Schulwesen kranke. — Reg.-Komm. Stiehl: Die stets hervortretende Theilnahme des Abg. Harkort für die Schule hat ihn auch heute aufmerksam machen lassen auf gewisse Mängel und Uebelstände, die sich in der That nicht ableugnen lassen. Es ist Thatsache, daß ein großer Theil unserer Elementarlehrer den an sie gestellten Ansprüchen nicht genügt, ebenso der Andrang zu dem Elementar-Lehrerberuf nachgelassen hat. Doch hat das noch andere Ursachen, als allein das geringe Gehalt; zum Theil sind es Fragen, die vom sozialen Gebiet herrühren. Indessen ist nicht zu leugnen, daß es einer größeren Sicherstellung der Elementarlehrer bedarf, um größere Neigung für diesen Beruf zu erwecken. An redlichen Bemühungen, ein Unterichtsgesetz zu Stande zu bringen, hat es der Herr Minister nicht fehlen lassen. Doch haben die Ereignisse des vorigen Jahres es nicht möglich gemacht, die Vorbereitungen zu einem solchen Gesetz so weit abzuschließen, um dem Landtage eine bezügliche Vorlage machen können. Doch ist es nach wie vor das ernste Streben des Hrn. Ministers, den vorhandenen Mängeln namentlich auf dem Gebiete des Volksschulwesens zu begegnen. So sind die Besoldunsverhältnisse in allen Provinzen gestiegen. — Redner weist dies durch statistische Zahlen nach und fährt fort: „Wenn aber Herr Harkort behauptet hat, daß die Volksschule dem Aufschwunge des Vaterlandes nicht nachkommen könne, so scheint mir das mehr ein Ausdruck seines sympathischen Gefühles für die Schule im Allgemeinen zu sein, als der klaren Erkenntniß und des wirklichen Verständnisses. Ich nehme für die gegenwärtige Schule des preußischen Staates die Ehre in Anspruch, daß sie gethan hat, was sie konnte, und daß sie das Nöthige gethan hat.

Abg. Dr. Techow kann dem Wunsche sich nicht anschließen, daß vor Allem jetzt ein Dotationsgesetz erlassen werden müsse. Das Abgeordnetenhaus müsse nach wie vor an der Forderung des Unterrichtsgesetzes festhalten und der Regierung nicht Spielraum zu neuen Reglements lassen, wie sie das gethan 1854 in Bezug auf die Volksschulen, 1856 in Bezug auf die Gymnasien, 1859 in Bezug auf die Realschulen und in jüngster Zeit hinsichtlich der Anforderungen zum einjährigen Freiwilligendienst.

Nach einer kurzen Erwiederung des Regierungs-Kommissars Stiehl wird der Schluß der Debatte angenommen.

Berichterstatter Abg. Wantrup bekämpft die Ausführungen des Abg. Richter. Dieser bemerkt persönlich dem Regierungs-Kommissar gegenüber, daß der Präsident allein darüber zu entscheiden habe, was „ordnungsmäßig" sei und was nicht. — Man schreitet darauf zur Abstimmung, in welcher der Antrag Richter gegen die Stimmen vieler Konservativen angenommen wird. Damit sind die Anträge der Kommission erledigt.

Es folgt der Bericht über die Petition des früheren Abgeordneten Dr. Metzig aus Polnisch-Lissa, das Haus wolle der Regierung die Nothwendigkeit aussprechen, daß für die 2,300,000 nichtdeutschen Angehörigen des preußischen Staats eine eigene Universität errichtet werde. Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung, gleichzeitig aber die Erwartung auszusprechen, die Regierung werde in Erwägung ziehen, auf welche Weise und in welchem Umfange dem langgehegten Wunsche nach einer Landes-Universität in der Provinz Posen derartig entsprochen werden könne, damit den Anforderungen der Bevölkerung dieses Landestheils genügt werde. — Abg. v. Vincke (Hagen) beantragt einfache Tagesordnung. — Referent Dr. Libelt rekapitulirt die Geschichte dieser Bestrebungen, schildert die Wohlthat einer Universität für Deutsche und Polen im Großherzogthum nicht als spezifisch polnisches Institut und hält die Ausführung für finanziell nicht schwierig, schließt sich jedoch dem Antrage der Kommission an. — Regierungs-Kommissar Delacroix erklärt sich für die einfache Tagesordnung gegen die motivirte der Kommission. Das Haus selbst möge entscheiden, ob es zulässig sei, daß die Kommission mit ihrem Antrage von dem des Petenten wesentlich abweichen und über ihn hinausgehen dürfe. Dem Petenten genügen die bestehenden Landes-Universitäten nicht, obwohl sich ihre Zahl seit dem vorigen Jahre von 6 auf 9 vermehrt hat. — Abg. Dr. Haym für eine einfache Tagesordnung gegen die motivirte. — Abg. Michelis (Allenstein) für den Kommissions-Antrag. — Abg. Kantak: Der Regierungs-Kommissar hat eigentlich sehr wenig gesagt. Wir verlangen nur, daß polnische Docenten an einer in Posen zu gründenden Universität zugelassen werden.

Nach Schluß der Diskussion folgen persönliche Bemerkungen. — Nachdem der Referent Dr. Libelt den Kommissions-Antrag mit wenigen Worten befürwortet hat, wird zur Abstimmung geschritten. Der Antrag v. Vincke (Hagen) auf einfache Tagesordnung wird abgelehnt; dafür die Konservativen mit Ausschluß von 4, die Altliberalen und mehrere Mitglieder der Linken, u. A. die Abgg. Michaelis, Hammacher, Röpel, v. Saucken-Tarputschen, Lesse, Twesten, John (Labiau), v. Hennig, Kanngießer; dagegen der größte Theil der Linken, die Polen, Katholiken und einzelne Konservative. — Der Antrag der Kommission auf motivirte Tagesordnung wird darauf angenommen; das Stimmenverhältniß ist dasselbe, von der linken Seite stimmen die oben namentlich genannten Abgeordneten dagegen.

Die Sitzung wird darauf vertagt. Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Vereidigung neu eingetretener Mitglieder, Postgesetz, Rest der heutigen Tagesordnung.

Hannover, 6. Februar. Dem Vernehmen nach müssen bis zum 1. April d. J. die Königlichen Marställe, Reitbahn, Wagenremise und sämmtliche damit in Verbindung stehenden Offizialwohnungen geräumt sein, da alsdann die Reitschule in ihrer Gesammtheit dorthin verlegt werden soll.

Kassel, 6. Februar. Bekanntlich hatte der Kurfürst kürzlich durch einen hiesigen Rechtsanwalt gegen die Subhastation seiner Schweizerei auf Wilhelmshöhe protestiren lassen. Dieser Protest wurde indessen jetzt aus sachlich richtigen Gründen zurückgewiesen und steht der Fortgang der Veräußerung in den nächsten Tagen bevor.

Wiesbaden, 5. Februar. Von Berlin ist vor einigen Tagen die Weisung hier eingetroffen, das 1868er Budget für Nassau alsbald aufzustellen und am 1. März in Berlin vorzulegen. Um diesen Termin pünktlich einhalten zu können, sind die Buch-

führer unserer Oberbehörden vollauf beschäftigt; die Aufstellung ist eine um so schwierigere, als dieselbe genau den Formen entsprechen soll, wie solche für die alten Landestheile der Monarchie bestehen.

Dresden, 5. Februar. Was Wenige zu hoffen wagten, das Einvernehmen zwischen der preußischen Besatzung und unserer Bevölkerung, nicht nur hier, sondern überhaupt im Lande, ist das beste. Besonders hört man den Takt des Höchstkommandirenden (General v. Bonin) rühmen, ebenso das Entgegenkommen des Offizierkorps. Wir hören hier Gleiches aus andern Städten, beispielsweise aus Bautzen, wo — bei besonderen Schwierigkeiten, die gerade dort walten — die Haltung des Obersten v. Diringshofen, Kommandeur des 48. Regiments, allgemeine Anerkennung und viel Dank findet.

Ausland.

Wien, 6. Februar. Das Januarpatent wird modifizirt, ein legaler Reichsrath einberufen, und diesem der Ausgleich mit Ungarn zur Annahme vorgelegt werden.

Prag, 5. Februar. Die czechischen Blätter greifen Herrn v. Beust anläßlich der Ministerkrisis heftig an. Das Interesse der Slawen an Oesterreich sei durch den Sieg des Dualismus vernichtet. Fortan liege der Schwerpunkt nicht in Wien, sondern im Landtage.

Paris, 5. Februar. Von Gesetz-Entwürfen wird zuerst derjenige, die Abschaffung der Schuldhaft betreffend, vorgelegt werden, und es wäre zu bedauern, wenn, wie man sagt, die Majorität das Gesetz ablehnte. Dann wird das Unterrichtsgesetz an die Reihe kommen, das Herr Duruy in Person vertreten wird, der also der erste Minister sein wird, auf den jener Theil der Kaiserlichen Dekrete, der die Anwesenheit der Minister in der Kammer anordnet, Anwendung findet. — Außerdem hört man, daß die Regierung der Kammer eine Nationalbelohnung des Hrn. v. Lamartine, im Betrage von 400,000 Fr., vorschlagen würde.

Konstantinopel, 2. Februar. Die Partei der jungen Türkei, an deren Spitze Mustapha Fazyl Pascha steht, welcher nach Murad Effendi, dem Sohne des Sultans Abdul-Medjid, der erste ottomanische Prinz ist, beschäftigt sich mit dem Plane, vermittelst innerer Reformen das türkische Reich zu retten. Nach einer Korrespondenz aus Konstantinopel vom 23. Januar, welche sich im „Journal des Deb." findet, hat Mustapha Fazyl Pascha dem Sultan bereits durch eine am Hofe sehr einflußreiche Person eine Denkschrift über die innere Lage der Türkei überreichen lassen und nächstens werde er ihm in einer andern Denkschrift seinen Reorganisationsplan vorlegen lassen, welcher die Diplomatie, die innere Politik, die Verwaltung, die soziale und finanzielle Staatswirthschaft der Türkei umfassen werde.

Pommern.

Stettin, 8. Februar. Der neue Ober-Präsident unserer Provinz, Herr Frhr. v. Münchhausen, hat unterm 1. d. Mts. folgenden Erlaß an die Behörden, Beamten und Einwohner der Provinz gerichtet: „Von Sr. Majestät dem Könige zum Ober-Präsidenten der Provinz Pommern ernannt, habe ich mit dem heutigen Tage die Amtsgeschäfte übernommen. Es wird meine Aufgabe sein, die berechtigten Eigenthümlichkeiten der Provinz aufrecht zu erhalten, die bewährten Einrichtungen ihrer weiteren Entwickelung und Ausbildung zuzuführen, überhaupt die Gesammt-Interessen wie die Interessen jedes Einzelnen mit voller Hingebung zu wahren und zu fördern und so den weisen Absichten unseres Allergnädigsten Königs und Herrn zu entsprechen. Zur Erreichung dieses Zieles darf mir die kräftige Hülfe der Organe der Verwaltung nicht fehlen. Ich ersuche daher die Behörden und Beamten der verschiedenen Verwaltungs-Ressorts um willige und freudige Unterstützung so vertrauensvoll, als dieselben meines Beistandes und Schutzes gewiß sein können. Ich erbitte von den Einwohnern der Provinz ein offenes Entgegenkommen. Eine durch gemeinsame Zwecke geeinigte Thätigkeit möge dienen dem Heile des theueren Vaterlandes, der Wohlfahrt einer Provinz, welche seit alten Zeiten bewährt dasteht durch echte Königstreue. Diese Königstreue sei denn das Band, welches mich mit Pommern als einer neuen Heimath unlösbar vereinigt."

Stettin, 8. Februar. In der gestrigen Sitzung des Bürger-Vereins hielt Herr Ober-Sekretär Herrmann zunächst einen höchst interessanten Vortrag über die Entstehung und Ausbildung des deutschen Städtewesens. Der Vortrag zerfiel in folgende Abschnitte: 1) Anfänge, 2) allmälige Heranbildung, 3) höchste Blüthe, 4) Abnahme der Macht, 5) Verfall der Städte, 6) neue Zeit, und diente als allgemeine Einleitung zu einem späteren Vortrage, der sich speziell auf das preußische Städtewesen erstrecken, und in dem der Vortragende auch die frühere Städteordnung vom Jahre 1808 sowie die jetzt gültige vom Jahre 1853 näher beleuchten wird. — Sodann gelangten folgende Fragen zur Besprechung. 1) Warum wird nicht hier, statt neues Kirchhofsland anzukaufen, wie in anderen Städten auf dem alten an Stellen, auf denen das Anrecht der Hinterbliebenen gesetzlich erloschen, wiederholt beerdigt? Die Ansicht der Versammlung ging im Allgemeinen dahin, daß es sich bei der immer größeren Bevölkerung und der voraussichtlichen Erweiterung unserer Stadt entschieden nicht als zweckmäßig empfehle, den bereits geschlossenen Theil des Kirchhofes neuerdings wieder zur Anlegung von Grabstellen in Benutzung zu nehmen. — Eine zweite Frage lautete: Würde es sich nicht empfehlen, wenn die Stadt das baufällige früher Lehrer Hanßsche Haus in der Königsstraße, welches in nächster Zeit zur Subhastation kommen wird, ankauft? Von verschiedenen Seiten wurde die Zweckmäßigkeit des Ankaufes anerkannt, um durch den demnächstigen Abbruch des Gebäudes nicht nur eine bessere und bequemere Kommunikation herzustellen, sondern auch um der anstoßenden St. Johanniskirche eine freiere bessere Ansicht zu verschaffen. Demgemäß nahm die Versammlung eine Resolution dahin an, daß das Gebäude, im Falle der Preis für dasselbe nicht zu hoch ausfalle, angekauft und weggeräumt werden möge. — Die dritte Frage enthielt die Mittheilung, daß der Kaufmann A. Haase in der Neustadt im prozessualischen Wege Befreiung von Zahlung des sog. „Priesterquartalgeldes" erstritten habe und wurde demzufolge angeregt, ob der Verein sich nicht zu einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit wegen Zahlung jener Abgabe im Allgemeinen veranlaßt finde? Mit dem Bemerken, daß die Sache schon früher innerhalb des Vereins vielfach ventilirt sei, wurde es für angemessen erachtet, daß jeder verpflichtete Eigenthümer sein Recht selbstständig wahrnehme. — Ferner wurde angefragt, ob der Verein nichts dafür thun könne, daß die Bewohner der Silberwiese, circa 2000 Seelen, durch Errichtung von öffentlichen Wasserständern genießbares Wasser erhielten? Seit dem vorigen Sommer seien dort schon die Röhren zur Wasserleitung gelegt und da die Bewohner dieselben Abgaben, wie diejenigen in anderen Stadttheilen zahlten, so glaubten sie auch mit Recht Wasser verlangen zu können. Wenngleich die Klage über Wassermangel als vollständig begründet und ebenso anerkannt wurde, daß die städtischen Behörden moralisch verpflichtet seien, helfend einzuschreiten, erachtete man doch eine Einwirkung des Vereins in der Sache mit Bezug auf frühere Erfahrungen vollständig nutzlos und entschied sich dahin, daß es den Betheiligten lediglich überlassen bleiben müsse, event. bei den höheren Behörden vorstellig zu werden. — Schließlich regte Herr Sell noch an, daß der Verein sich mit einer näheren Erörterung der Frage beschäftigen möge: ob der Stadt Stettin, wie verlaute, wirklich noch eine Forderung an die Krone Schwedens aus früherer Zeit zustehe? Es habe schon im Jahre 1858 eine städtische Kommission bestanden, welche die Sache bearbeitet, indessen habe später über dieselbe nichts weiter verlautet. Der Verein hält es für zweckdienlich, daß, bevor man sich mit der Frage beschäftige, erst noch näheres Material beschafft werde, wozu sich einzelne Mitglieder auch bereit erklärten.

— Dem „Bureau Veritas" zufolge gingen im Jahre 1866 2932 Fahrzeuge (160 Dampfer und 2764 Segelschiffe) zu Grunde und zwar: englische 1461, amerikanische 335, französische 261, holländische 96, preußische 56, norwegische 53, italienische 49, hannoversche 48, dänische 41, österreichische 40, spanische 40, schwedische 37, hamburgische 27, russische 26, griechische 21, bremische 17, oldenburgische 13, portugiesische 11, schleswig-holsteinische 10, belgische 9, mecklenburgische 3, türkische 8, brasilianische 7, chilische 5, lübeckische 4, mexikanische 3, peruvianische 2, columbianische, haytische, argentinische, je 1 und 238, deren Flagge man nicht erfuhr.

— Der in der Beutlerstraße No. 5 bei seinem Sohne wohnhafte 67jährige Invalide L., welcher schon früher zeitweise an Geistesstörung gelitten, hat seit gestern früh die Wohnung verlassen und ist sein Verbleib aller Recherchen ungeachtet bisher nicht zu ermitteln gewesen. Es liegt die Vermuthung nahe, daß der alte Mann seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht.

— In der Zeit vom 5. Abends bis gestern früh sind aus einer dem Zimmermeister Neidt gehörigen, während einer Reparatur der Pladrinbrücke dort aufgestellten Geräthebude, wahrscheinlich mittelst Nachschlüssels, verschiedene Zimmergeräthschaften gestohlen worden.

— Der in der kl. Oderstraße No. 20 wohnhaften Wittwe Leichsenring ist angeblich während der Nachmittagsstunden des letzten Sonntags, innerhalb deren sie vom Hause abwesend war, eine bedeutende Menge Wäsche, etwas baares Geld ꝛc. entwendet und sollen die Eingangsthüre zur Wohnung sowie die Thüren der Spinde, in denen sich die entwendeten Gegenstände befunden haben, mittelst Nachschlüssel geöffnet sein.

— Das Gut Torney ist an die Gebrüder Schiller in Hamburg, wie die „Ostsee-Zeitung" hört, für 292,000 Thaler verkauft worden.

— Der Pastor Böttger, bisher in Horst, Synode Grimmen, ist zum Pastor in Wolkwitz, Synode Demmin, der bisherige Predigtamts-Kandidat Riem zum Pastor in Cantreck, Synode Naugard, ernannt und der bisherige Diakonus Neumann in Bergen a. Rügen zum Pastor in Horst, Synode Grimmen, erwählt. Alle drei sind in ihre neuen Aemter eingeführt worden.

— Die Direktion der altpommerschen Provinzial-Hülfskasse hat bei der in Gemäßheit des §. 31 des Statuts vom 27. September 1852 bewirkten Wahl ihres Vorsitzenden den bisherigen Vorsitzenden, General-Landschafts-Direktor v. Köller auf Cantreck, für das laufende Geschäftsjahr wiedergewählt.

— Der Schluß der diesjährigen niederen Jagd ist auf den 15. d. M. festgesetzt.

— Die Gebrüder August und Fritz Wendorff zu Greifenhagen haben am 5. November v. J. Abends bei Sturm und Finsterniß eine Person, welche von der Brücke in den Reglitz-Strom gestürzt war, nicht ohne eigene Gefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet. Denselben ist eine Geldprämie bewilligt.

(!) **Lassan**, 6. Februar. Gestern Abend fand hier eine sehr zahlreich besuchte konservative Versammlung behufs Vorberathung über die Wahl eines Abgeordneten zum norddeutschen Parlamente statt. Der für den Greifswald-Grimmer Kreis von konservativer Seite als Kandidat aufgestellte Kammerherr v. Behr auf Vargatz war ebenfalls anwesend und legte in einer längern Rede sein politisches Glaubensbekenntniß ab, in dem er hervorhob, daß er, falls er zum Abgeordneten gewählt würde, in allen Hauptfragen die Regierung mit aller Entschiedenheit zu unterstützen entschlossen sei, damit das Gebäude des norddeutschen Bundes zu Stande komme, möge auch dessen Ausbau im Einzelnen noch der Zukunft überlassen bleiben. Er betonte ferner, daß er auch die kommerziellen und landwirthschaftlichen Interessen unserer Provinz, denen er bekanntlich seit Jahren ein gründliches Studium gewidmet habe, im Geiste des für Norddeutschland gebotenen Freihandels mit Eifer und Verständniß zu fördern männiglich entschlossen sei. — Es ist uns die von jeder extremen Richtung entfernte königs- und verfassungstreue Gesinnung des Kandidaten auch schon seit Jahren hinreichend bekannt, so daß wir demselben mit ganzem Vertrauen unsere Stimme zum Abgeordneten des norddeutschen Parlaments geben können und geben werden.

Vermischtes.

Berlin, 6. Februar. Gestern Abend kam in dem Königl. Schauspielhause ein Begebniß vor, wie es in diesem Hause zu den größten Seltenheiten gehört. Das Lustspiel „Zwischenträgerei" von Roderich Benedix fiel nämlich total durch. Der dritte Akt konnte schon nicht zu Ende gespielt werden, und der fallende Vorhang machte erst der Unruhe ein Ende. Auch der vierte und Schlußakt fand kein friedliches Ende.

Potsdam, den 2 Februar. Die historische Windmühle bei Sanssouci hat am heutigen Tage, Mittags kurz vor 11¾ Uhr, wahrscheinlich durch einen Windstoß, ihre Flügel verloren. Durch den Einfluß der Witterung war die Welle so angegriffen, daß sie die mächtigen Flügel nicht mehr zu tragen vermochte. Durch das Herabstürzen beschädigten sie zum Theil das Dach und einen größeren Theil der um die Mühle laufenden Gallerie. Ein Unglück ist dabei, nach dem „Fr.-Bl.", nicht geschehen, da die Mühle nicht bewohnt und die Gegend jetzt fast vereinsammt ist.

Neueste Nachrichten.

Hamburg, 7. Februar, Nachmittags. Der Hamburger Dampfer „Bavaria", welcher am 30. v. Mts. nach Newyork abgegangen war, ist durch einen Bruch des Steuers an der Fortsetzung der Fahrt verhindert worden und muß zurückkehren. Von Queenstown und Plymouth sind dem Schiffe Schleppdampfer entgegengeschickt worden. An Bord der „Bavaria" war Alles wohl.

München, 7. Februar, Abends. Der Minister-Präsident Fürst Hohenlohe und der Kriegsminister Baron v. Prankh sind von der Ministerkonferenz aus Stuttgart gestern Abend hier wieder eingetroffen.

München, 7. Februar, Nachmittags. Die „Baierische Zeitung meldet amtlich, dem Friedensvertrage vom 22. August v. J. gemäß, die Aufhebung aller und jeder Abgabenerhebung für die Rheinschifffahrt von Seiten Baierns vom 1. Januar 1867 ab, nachdem von den übrigen deutschen Uferstaaten des Rheines gleichzeitig dieselbe Maßregel getroffen worden.

Wien, 7. Februar, Abends. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile das Kaiserliche Handschreiben, durch welches dem Staatsminister Grafen v. Belcredi unter Verleihung des Großkreuzes des Stephansordens die nachgesuchte Entlassung bewilligt und Freiherr v. Beust unter gleichzeitiger Uebertragung der einstweiligen Leitung des Staats- und Polizei-Ministeriums zum Ministerpräsidenten ernannt wird.

Die Eröffnung des Landtages ist durch Kaiserliches Patent bis zum 18. Februar vertagt worden.

Triest, 7. Februar. Levantepost. Athen, 2. Februar. Die Nationalversammlung hat den Antrag der Regierung auf Vermehrung der Streitkräfte zu Lande und zu Wasser angenommen. Der Kriegsminister erklärte in der betreffenden Sitzung, Griechenland rüste, weil große Ereignisse bevorstehen und die Regierung den Frieden aufrecht zu erhalten wünsche. Der Abgeordnete Valaoritis bezeichnete die Erweiterung der Grenzen Griechenlands und die Bildung einer großen hellenischen Nationalität als das einzige Rettungsmittel des Staates.

London, 7. Februar, Mittags. Die Bank von England hat den Diskont von 3½ auf 3 pCt. herabgesetzt.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 8. Februar, Mittags. Gestern Abend hat eine Konferenz der Bevollmächtigten der Staaten des norddeutschen Bundes stattgefunden. Heute Vormittag Schlußverhandlung, sodann Abschiedsdiner unter Theilnahme sämmtlicher Minister. Mehrere Bevollmächtigte reisen heute Abend zurück.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. Februar. Witterung: trübe. Temperatur + 4° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen fest und höher, loco pr. 85pfd. gelber 70—87 Rt. bez., 88pfd. 88 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 84½, ¾ Rt. bez. u. Gd., 85 Rt. Br., Mai-Juni 84½, ¾ Rt. bez. u. Gd., 85 Rt. Br., Juni-Juli 85 Rt. Gd., 84½ Rt. bez.

Roggen fest und etwas höher, pr. 2000 Pfd. loco 54½—56½ Rt. bez., Frühjahr 54, 54¼ Rt. bez., 54½ Rt. Br., Mai-Juni 54½ Rt. bez., 54¾ Rt. Gd., Juni-Juli 55¼ Rt. Br.

Gerste loco pr. 70pfd. 47½—48½ Rt. bez., Frühjahr 69—70pfd. schles. 49 Rt. Br.

Hafer loco 30 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr 30¼ Rt. bez., 30½ Gd.

Erbsen loco 54—57 Rt. bez., Frühjahr Futter- 56½ Rt. Br.

Rüböl stille, loco 11½ Rt. Br., Februar 11½ Rt. Br., April-Mai 11$\frac{7}{12}$ Rt. bez. u. Gd., September-Oktober 11⅚ Rt. Br.

Spiritus gefragt und höher, loco ohne Faß 16$\frac{11}{24}$ Rt. bez., Februar ohne Faß 16$\frac{11}{24}$ Rt. bez., Februar-März 16$\frac{5}{12}$ Rt. Br., Frühjahr 16$\frac{7}{12}$ Rt. bez., ⅔ Rt. Br., Mai-Juni 17 Rt. Br.

Angemeldet: 20,000 Qrt. Spiritus.

Berlin, 8. Februar, 2 Uhr 10 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 85¼ bez. Staats-Anleihe 4½ % 99¾ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 135¼ bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 95 Gd. Oesterr. National-Anleihe 55½ bez. Pomm. Pfandbriefe 90¼ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 183 bez. Amerikaner 6% 77¼ bez.

Roggen Februar 56¼, ⅛ bez., Frühjahr 55¾, ½ bez., Mai-Juni 55¾, ½ bez. Rüböl loco 11¾ Br., Februar 11⅔, $\frac{17}{24}$ bez., Februar-März 11⅔ Gd., April-Mai 11⅚ bez., ⅞ Br. Spiritus loco 17$\frac{1}{24}$ bez., Februar-März 17$\frac{1}{12}$, 16$\frac{11}{12}$ bez., April-Mai 17⅓, 17¼ bez., Mai-Juni 17½, $\frac{11}{24}$ bez.

Hamburg, 7. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco fester, pr. Februar 5400 Pfd. netto 152 Bankothaler Br., 151 Gd., pr. Frühjahr 146 Br., 145½ Gd. Roggen loco matt, pr. Februar 5000 Pfd. Brutto 92 Br., 91 Gd., pr. Frühjahr 88½ Br. u. Gd. Kaffee ruhig. Zink matt. — Veränderlich.

Stettin, den 8. Februar.

Berlin	kurz	—	Pom. Chauss.-		
„	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	151⅞ G	Used.-Wollin.		
„	2 Mt.		Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	144 G	St. Str.-V.-A.	4	—
„	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	115 B
London	10Tag.	6 24½ B	Pr. See-Assec.-		
„	3 Mt.	—	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	81¼ G	Pomerania	4	111 G
„	2 Mt.	—	Union	4	102 B
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Speich.-Act.	5	—
„	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.-		
„	3 Mt.	—	Zuckers.-Act.	5	650 B
St. Petersbg.	3 Wch.	—	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
„	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl.5457	4½	—	Bredower „	4	—
„ „	5	—	Walzmühl-A.	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St.Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	3½	—	Fabrik	4	—
Pomm.Pfdbr.	3½	90¼ B	Stett. Dampf		
„ „	4	—	Schlepp-Ges.	5	250 B
„ Rentenb.	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt. P.P.B.A.			schiffs-Verein	5	—
à 500 Rtl.	4	—	N. Dampfer-C	4	93 B
Berl.-St. Eis.-			Germania	4	100 B
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	70 B
„ Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
„ „	4½	—	mühlen-Ges.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	—	Pommerensd.		
„ Prior.	4	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt-O.	4½	98½ B	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-			Stettin. Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schausp.-			Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—